

548/A XX.GP

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Maria Schaffenrath und PartnerInnen

betreffend die Gleichberechtigung von Schulkindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf bezüglich der Schulbesuchsdauer

Trotz den jüngsten Gesetzesnovellen zur Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in die Regelschule und trotz vieler Beteuerungen seitens des Unterrichtsressorts zum Anliegen einer Gleichstellung von behinderten Kindern im Schulbereich kommt es derzeit immer wieder zu Vorkommnissen, in denen Unstimmigkeiten der bestehenden Gesetzeslage zu Ungunsten der betroffenen Kinder mit SPF (sonderpädagogischem Förderbedarf) ausgelegt werden. Offensichtlich tendieren die unterschiedlichsten Ebenen der Schulbürokratie dazu, die ohnehin nicht einfache Situation von Kindern mit SPF und deren Eltern nach Möglichkeit zu erschweren - anstatt im Sinne wohlwollender Humanität die Entscheidungsspielräume zugunsten der Betroffenen auszulegen.

Ein solchermaßen trauriges Beispiel lieferten in den letzten Monaten verschiedene Entscheidungen bezüglich des Rechtes behinderter Kinder auf Schulbesuch über die Pflichtschulzeit hinaus. Für Kinder mit SPF bedeutet die Möglichkeit eines Schulbesuches in je individuell angemessener Länge eine wesentliche Voraussetzung einer bildungsmäßigen Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft. Die derzeitigen gesetzlichen Rahmenbedingungen nehmen darauf allerdings keine Rücksicht. So haben Kinder ohne SPF die Möglichkeit einer 15-jährigen Schulbildung (12 Jahre bis zur Matura plus dreimaliges Repetieren), Kinder mit SPF in Sonderschulen haben das Recht auf 11 Jahre Schulbesuch, wohingegen Kinder mit SPF in Integrationsklassen lediglich in der Dauer der Pflichtschulzeit die Schule besuchen dürfen! Tatsächlich werden derzeit die Ansuchen um Weiterbesuch in Integrationsklassen über das 9. Pflichtschuljahr hinaus generell abgelehnt und manche Schulbehörden scheuen sich nicht, dies mit den entstehenden Kosten zu begründen.

So kommt es derzeit zur grotesken, aber für die österreichische Schulpolitik nicht uncharakteristischen Situation, daß jährlich 40.000 - 50.000 Schülerinnen das Schuljahr wegen ein oder zwei Nicht-Genügend wiederholen müssen und damit Kosten in der Höhe von ca. öS 3 Mrd. pro Jahr entstehen, wohingegen einigen wenigen Kindern mit SPF der weiterführende Schulbesuch mit dem Kostenargument verweigert wird!

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden  
Entschließungsantrag

Der Nationalrat möge beschließen:

„Zur Gewährleistung einer demokratischen Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und zur Sicherstellung ihrer bildungsmäßigen Gleichberechtigung wird die Bundesregierung aufgefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für einen weiteren Schulbesuch von Kindern mit SPF über die Pflichtschulzeit hinaus zu schaffen und so die Integration in die Sekundarstufe II zu ermöglichen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuß beantragt